

Berlin, 05. Juni 2016

Parteikonvent Berlin am 05. Juni 201

Beschluss

Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein

Die SPD ist die Inklusionspartei in Deutschland. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention und dem SGB IX hat die SPD den Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe mitgestaltet und Maßstäbe für eine moderne Inklusionspolitik gesetzt.

Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt klar: Behinderung entsteht durch eine Wechselwirkung von individuellen Einschränkungen und umweltbedingten Hindernissen – wie gesellschaftliche, räumliche oder mediale Hürden, aber auch Barrieren in den Köpfen.

Die SPD bekräftigt ihren Anspruch, die maßgeblich gestaltende politische Kraft auf dem Weg hin zur Beseitigung von Behinderungen und zur selbstbestimmten Teilhabe aller Menschen zu sein.

Zentrales Prinzip unserer Politik ist das Motto „Nichts über uns ohne uns“. Die Arbeitsgemeinschaft „SelbstAktiv“ gibt Menschen mit Behinderungen in der SPD Gesicht und Stimme und entscheidet mit, wenn es um die Verwirklichung umfassender Teilhabe am politischen Leben für alle geht. Es sind vor allem die Menschen mit Behinderungen selbst, die uns Erfordernisse und Wege zur echten Teilhabe aufzeigen. Sie sind die Experten in eigener Sache.

In den Koalitionsverhandlungen hat die SPD zahlreiche Handlungsaufträge und Vorhaben durchsetzen können. Dazu zählen Verbesserungen bei der Eingliederung junger Menschen mit Behinderungen in eine Berufsausbildung, Leistungen aus einer Hand im Interesse von Kindern mit Behinderungen und ihren Eltern, eine gezielte Unterstützung der gesetzlich geforderten Barrierefreiheit im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, die Schaffung barrierefreier Angebote im Tourismus, Verbesserungen im Gesundheitsschutz und beim Betreuungsrecht und nicht zuletzt die zusätzliche Förderung des Ausbaus von Integrationsbetrieben.

Mit einem Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen führen wir die Eingliederungshilfe aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ heraus und machen die Personenzentrierung zum Grundsatz der Leistungen. Wunsch- und Wahlrecht und soziale

Teilhabe werden gesichert und das Budget für Arbeit für alle Menschen mit wesentlichen Behinderungen geöffnet. Die Beratung über Teilhabeleistungen muss unabhängig sein. Das geltende Recht der Heranziehung von Einkommen und Vermögen muss grundlegend geändert werden. Wegen einer Behinderung oder Beeinträchtigung soll niemand bedürftig werden.

Mit einer inklusiven Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir das Recht auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen – mit und ohne Behinderung – stärken.

Auch wenn die SPD dies alles jetzt erreicht hat, wollen wir mehr: **eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein.**

Wir wollen eine Gesellschaftspolitik, die weniger institutionell denkt, sondern personenzentriert unterschiedliche Menschen, Lebensweisen und Arbeitsformen wertschätzt, sichert und unterstützt. Damit ermöglichen wir jeder und jedem Einzelnen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe entsprechend den individuellen Möglichkeiten.

Rehabilitation

Zentral für die individuelle Befähigung zur Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft ist die Rehabilitation. Der Anspruch auf Minderung der Folgen von Behinderungen, die Vermeidung von Erwerbsminderung oder Pflegebedürftigkeit, die Teilhabe am Arbeitsleben und die Förderung der persönlichen Entwicklung und der selbstbestimmten Lebensführung sind Kern einer inklusiven Politik. Das Rehabilitationssystem muss im inklusiven Sinne weiterentwickelt werden: Personenzentrierung, individuelle Bedarfsermittlung, diskriminierungsfreie und niedrigschwellige Zugänge zu Leistungen und die Überwindung von Schnittstellen im bislang stark gegliederten Rehabilitationssystem sind dabei entscheidend.

Inklusive Bildung

Das Ziel einer inklusiven Gesellschaft ist nur zu erreichen, wenn die Inklusionsfähigkeit der Gesellschaft gestärkt wird. Wir wollen, dass eine Generation heranwächst, für die das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich ist. Dies muss der Kern inklusiver Bildung werden. Ziel ist hochwertiges Bildungssystem, in dem jedes Kind und jeder Erwachsene individuell mit seinen Stärken und Schwächen gefördert wird. Inklusion muss auf allen Ebenen der formalen und non-formalen Bildung, in Schulen, Hochschulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, innerhalb der Freiwilligendienste bis hin zur Verbandsarbeit Wirklichkeit werden. Dabei müssen die jeweiligen Systeme ineinander greifen und Schnittstellen überwunden werden bzw. verbindlich geregelt sein, um den größtmöglichen Erfolg in Hinblick auf Teilhabe an Bildung und Gesellschaft und einer eigenständigen Lebensführung der Kinder und Jugendlichen zu erlangen. Zum Ausbau inklusiver Betreuung und Bildung in Kitas und Schulen gehört auch die inklusive Gestaltung der gesamten Kinder- und Jugendhilfe unter Einbeziehung der Leistungssysteme.

Inklusive Arbeitswelt

Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt stoßen Menschen mit Behinderungen immer wieder auf Barrieren. Wir streben einen Arbeitsmarkt an, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht und ihnen notwendige Unterstützung und Assistenz gewährleistet. Wir wollen die Durchlässigkeit auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere zwischen Werkstätten und erstem Arbeitsmarkt, verbessern und mehr Chancen beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf bzw. Arbeit eröffnen. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in Schwerbehindertenvertretungen und Werkstatträten müssen gestärkt werden. Auch wollen wir Formen der unterstützten Beschäftigung fördern.

Soziale Teilhabe

Gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gemeinschaft und am gesellschaftlichen Leben muss auf allen Ebenen inklusiv gestaltet werden. Gerade auch Menschen mit Behinderung sind besonders angewiesen auf einen in diesem Sinne vernetzten Sozialraum. An dieser kommunalen Aufgabe sind Betroffene, Verbände und Vereine zu beteiligen. Im Blick dabei müssen barrierefreier Wohnraum, inklusive Mobilität, Kultur und Sportangebote ebenso sein wie barrierefreie öffentliche Räume und Plätze. **Kultur, Freizeit und organisierter Sport sind hervorragend geeignet, das Miteinander von Menschen zu fördern, ein positives Lebensgefühl zu entwickeln und Vorurteile abzubauen.** Dabei sind angemessene Vorkehrungen zur Teilhabe behinderter Menschen durchgängiges Element des jeweiligen Handelns. **Dies gilt auch für Familien mit behinderten Angehörigen, die besondere Belastungen zu tragen haben.**

Dazu zählen auch eine Reform des Behindertengleichstellungsrechts mit dem Ziel der Barrierefreiheit auf jeder Ebene, die Fortschreibung der Aktionspläne und der Anwendung des Ansatzes des universellen Designs.

Wahlrecht/demokratische Rechte

Wir wollen Menschen mit Beeinträchtigung die Teilhabe am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben umfassend ermöglichen. Dazu gehört insbesondere die gleiche ungehinderte Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen. Wir wollen das Parteileben der SPD so gestalten, dass eine umfassende Teilhabe aller Menschen an politischen Beratungen und Entscheidungsprozessen möglich wird. Teilhabe verstanden als Mitwirkung und Mitentscheidung.

Wir wollen mehr Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben lassen und setzen uns dafür ein, dass Menschen, die unter umfassender Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird.